

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3638

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3638



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Resolution für ein unabhängiges Justizsystem

2019 hat die GRECO (“Groupe d’Etats contre la Corruption”) die Schweiz zum wiederholten Mal für die Mandatsabgaben der Bundesrichter*innen an die Parteien kritisiert. Diese Abgaben stehen im Konflikt mit der Unparteilichkeit und der Freiheit der Richter*innen, Urteile unabhängig zu fällen.

Die Jungen Grünen Schweiz sind überzeugt, dass die Judikative die Werte und Haltungen der Gesellschaft abbilden soll. Nur eine demokratische Wahl der Bundesrichter*innen kann dies angemessen gewährleisten. Die Jungen Grünen Schweiz lehnen darum ein Losverfahren für die Ernennung der Bundesrichter*innen ab und empfehlen ein Nein zur Justiz-Initiative.

Wir setzen uns darüber hinaus aber für eine Überarbeitung des Systems der Parteienfinanzierung und für ein Verbot finanzieller Beiträge von Bundesrichter*innen an Parteien ein.

1. Für eine staatliche Parteienfinanzierung

Die meisten europäischen Staaten kennen bereits ein (teil-)staatliches Finanzierungsmodell für politische Parteien. In Frankreich erhalten Parteien, die bei den Präsidentschaftswahlen 5% der Stimmen erreichen, eine teilweise öffentliche Finanzierung. In Deutschland werden die öffentlichen Beiträge nach der Anzahl der Stimmen berechnet.

Die Jungen Grünen Schweiz fordern ein staatliches System der Parteienfinanzierung, welches die derzeitigen Mandatsabgaben der Bundesrichter*innen ersetzt. Langfristig soll die staatliche Finanzierung auch auf politische Gruppierungen ausgeweitet werden, welche nicht in den eidgenössischen Räten vertreten sind. So kann die ausserparlamentarische Arbeit ebenfalls gestärkt werden.

2. Für ein Verbot von Mandatsabgaben an politische Parteien

Sobald die staatliche Parteienfinanzierung sichergestellt ist, müssen die Mandatsabgaben von Richter*innen an politische Parteien verboten werden. Es ist wichtig, dass die Werte und Einstellungen der Gesellschaft in der Justiz angemessen vertreten sind. Dies erfordert jedoch keine finanzielle Bindung an die Parteien.

Das heutige System verunmöglicht eine Debatte über die Dauer und Art der Wahl der Bundesrichter*innen, da die finanziellen Abgaben für die Parteien heutzutage unverzichtbar sind. Durch ein Verbot von Abgaben an politische Parteien können die Richter*innen ihre Arbeit unabhängig ausführen.

3. Mehr Diversität in den eidgenössischen Gerichten

Die Jungen Grünen fordern, dass die Diversität der Geschlechter und Generationen in den eidgenössischen Gerichten gesetzlich festgehalten wird, wie sie bereits im [Bundesgesetz über das Bundespatentgericht](#) für die Vertretung der Sprachregionen besteht.

Diese Massnahmen gewährleisten eine transparente und gerechte Finanzierung der Parteien und eine grössere Unabhängigkeit der Richter, ohne zusätzliche finanzielle Mittel zu benötigen. Die Jungen Grünen Schweiz fordern, dass diese Massnahmen durch eine Senkung der Einkommen der Bundesrichter*innen finanziert wird. Diese effektiven und einfachen Massnahmen können rasch umgesetzt werden. Mittelfristig ist es wichtig, dass das Wahlsystem der Bundesrichter*innen im Allgemeinen überarbeitet wird.